



5 JAHRE

**ANT
WORTEN** 
AUF SALAFISMUS
Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

**SACHSTANDS-
BERICHT**

INHALT

Vorbemerkung	3
Konzept des Netzwerks	4
Zwei-Säulen-Modell	4
Ziele des Netzwerks	4
Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern	5
Interministerielle Arbeitsgruppe	6
Netzwerkpartner	7
Gemeinsame Maßnahmen und Projekte des Netzwerks	8
Prävention	10
Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung	10
Prävention im Bayerischen Sozialministerium	12
Prävention in Kommunen	18
Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit	20
Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug	21
Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe	23
Präventionsangebote des Verfassungsschutzes	24
Deradikalisierung	26
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt	26
Fallzahlen	28
Beratungsstelle VPN	29
Deradikalisierung im Justizvollzug	29

VORBEMERKUNG

Die islamistisch motivierten Gewalttaten, Terroranschläge und Anschlagversuche der letzten Jahre in Europa haben gezeigt, dass auch Deutschland im Fokus des internationalen islamistischen Terrorismus steht. Dabei ist der Salafismus nach wie vor eine der dynamischsten und aktivsten islamistischen Strömungen in Deutschland. Er liefert den Nährboden für gesellschaftliche Spaltung und Gewalt; er ist dynamisch und jugendaffin. Fast alle bisher in Deutschland identifizierten islamistisch-terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen waren salafistisch geprägt oder haben sich in salafistischen Milieus entwickelt. Der Salafismus bildet die ideologische Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Ausübung von Gewalttaten.

Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig. Wir müssen Radikalisierung und Terrorismus den Nährboden entziehen, indem wir gezielt „Antworten auf Salafismus“ geben. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Das ist Aufgabe aller demokratischer Kräfte. Staat und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, die Entstehung und Ausbreitung von Extremismus zu verhindern. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Kinder- und Jugendhilfe oder den Strafvollzug. Extremistische Ideologien wie der Salafismus dürfen keinen Platz in unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft haben.

Fünf Jahre Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus

Bayern arbeitet seit Sommer 2015 verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk gegen Salafismus zusammen, das die Bereiche Prävention und Deradikalisierung systematisch abdeckt. An diesem umfassenden Ansatz sind das Innenministerium, das Justizministerium, das Kultusministerium und das Sozialministerium beteiligt. Darüber hinaus sind auch zivilgesellschaftliche Träger Partner des Netzwerks.

Das Netzwerk bietet im Internet unter **www.antworten-auf-salafismus.de** allen Interessierten und Betroffenen umfassende Informationen zum Thema Salafismus sowie eine breite Palette von Beratungs-, Unterstützungs- und Förderangeboten.

Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk stetig weiterentwickelt. Dabei wurde auch den Veränderungen sowohl innerhalb der salafistischen Szene als auch in der Präventionslandschaft Rechnung getragen. Anfangs standen vor allem die Vernetzung und gegenseitige Abstimmung der beteiligten Akteure im Vordergrund. Heute gilt es zielgruppenspezifische Maßnahmen mit jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkten möglichst flächendeckend in Bayern anzubieten und zu verstetigen sowie bedarfsgerecht auf neue Entwicklungen zu reagieren. So liegt der Fokus derzeit u. a. auf der Bereitstellung von digitalen und jugendaffinen Angeboten im Bereich der Salafismusprävention, die auch künftig entsprechend ausgebaut werden sollen.

KONZEPT DES NETZWERKS

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

Zwei-Säulen-Modell

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus besteht aus zwei Säulen: Prävention und Deradikalisierung.

Ziele des Netzwerks

- Aufklärung und Sensibilisierung
- Qualifizierung von Fachkräften
- Identifizierung potenzieller Radikalisierungs-sachverhalte
- Flächendeckende Präventions- und Deradikalisierungsangebote
- Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft
- Vernetzung verschiedenster Akteure vor Ort

Prävention

- Prävention setzt an, bevor eine Radikalisierung erkennbar ist.
- Sie richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen.
- Hier greifen Maßnahmen der allgemeinen und spezifischen Prävention.

Deradikalisierung

- Sie erfolgt anlass- und personenbezogen im Falle eines Radikalisierungsprozesses bzw. einer bereits erfolgten Radikalisierung.
- Im Mittelpunkt stehen hier die Beratung von Angehörigen, Beratung und Begleitung von Betroffenen im frühen Stadium des Prozesses sowie Ausstiegshilfen für bereits radikalisierte Personen.
- Bei Verdacht auf Radikalisierung findet man hier Beratung und Hilfe.

Prävention

Präventionsmaßnahmen setzen bereits ohne einen konkreten Radikalisierungsverdacht an.

Allgemeine Prävention

Toleranz und Demokratiefähigkeit werden möglichst flächendeckend gestärkt. Werte wie gegenseitiger Respekt und Akzeptanz anderer Meinungen werden vermittelt (Werteerziehung). Diese Maßnahmen sind nicht phänomenspezifisch, wirken aber präventiv.

Spezifische Prävention

Relevante Berufsgruppen werden fachlich geschult, um tatsächliche Radikalisierungsprozesse möglichst früh zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Dazu zählen: Lehrkräfte, Ausbildungsträger, soziale Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen oder Mitarbeiter der Justiz und Polizei. Diese Qualifizierung erfolgt im Rahmen von Beratungsgesprächen, Vorträgen und Schulungen. Zielgruppenspezifische Projekte dienen der Sensibilisierung und Kompetenzstärkung.

Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern

Oft wollen Betroffene sich mit Fragen und Ängsten nicht direkt an die Sicherheitsbehörden wenden. Um ihnen diese Hemmschwelle zu nehmen, aber auch um gezielt niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen, kooperiert das Netzwerk mit zwei zivilgesellschaftlichen Trägern. Beide verfügen über jahrelange Erfahrung und ein fundiertes Wissen in der Prävention bzw. Deradikalisierung gegen Salafismus.

ufuq.de

Fachstelle
in Bayern

Fachstelle von ufuq.de in Bayern

Im Bereich der Prävention hat das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) im Herbst 2015 eine landesweite, mit vier Fachkräften besetzte **Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung** eingerichtet. Die Fachstelle in Trägerschaft des Vereins **ufuq.de** wird aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich junge Menschen oft angezogen fühlen. Damit verfügt Bayern über einen beim StMAS angebotenen zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich der allgemeinen Prävention.

Der Berliner Verein Ufuq e.V. (Bedeutung: arabisch „Horizont“/„Perspektive“) ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Er wurde im Jahr 2007 gegründet und hat sich bundesweit als Ansprechpartner für die pädagogische Praxis zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus etabliert.

Die Fachstelle in Bayern bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Beratung und Fortbildungen im Themenfeld Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Neben Jugendeinrichtungen oder Jugendverbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen an die Fachstelle wenden. Diese breit angelegte Vernetzung wird angestrebt, um Fachkräfte, die in ganz verschiedenen Bereichen mit Jugendlichen arbeiten, zu erreichen und mit präventionsrelevanten Angeboten zu unterstützen.

Die Fachstelle setzt an verschiedenen Standorten in Bayern (bisher Regierungsbezirk Schwaben; Regensburg und Nürnberg Stadt) neben Fachkräften zur pädagogischen Unterstützung auch junge Menschen als Teamende ein, die gezielt geschult werden, um mit Jugendlichen in Jugendeinrichtungen oder an Schulen zu arbeiten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen und Digitale Medien.



Violence Prevention Network

Beratungsstelle von Violence Prevention Network e.V. in Bayern

Im Bereich der Deradikalisierung arbeitet das im Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtete Kompetenzzentrum für Deradikalisierung mit dem zivilgesellschaftlichen Träger **Violence Prevention Network e.V. (VPN)** zusammen.

Der zivilgesellschaftliche Träger VPN unterhält in Bayern eine eigene Beratungsstelle mit Sitz in München. Im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 wurden die Finanzmittel für die Deradikalisierung erhöht, so dass seitdem insgesamt 1 Mio Euro für die Deradikalisierung zur Verfügung steht. Somit wurde die Zusammenarbeit mit dem zivilgesellschaftlichen Partner „Violence Prevention Network e.V.“ verstetigt. Die **„Beratungsstelle Bayern“** arbeitet mit jungen Menschen, die islamistische Tendenzen aufweisen, in Kriegsgebiete ausreisen möchten mit dem Ziel am Jihad teilzunehmen oder aus Syrien bzw. dem Irak zurückkehren und sich in Haft befinden.

VPN ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention tätig sind und sich durch hohe fachliche Kompetenz auszeichnen.

Interministerielle Arbeitsgruppe

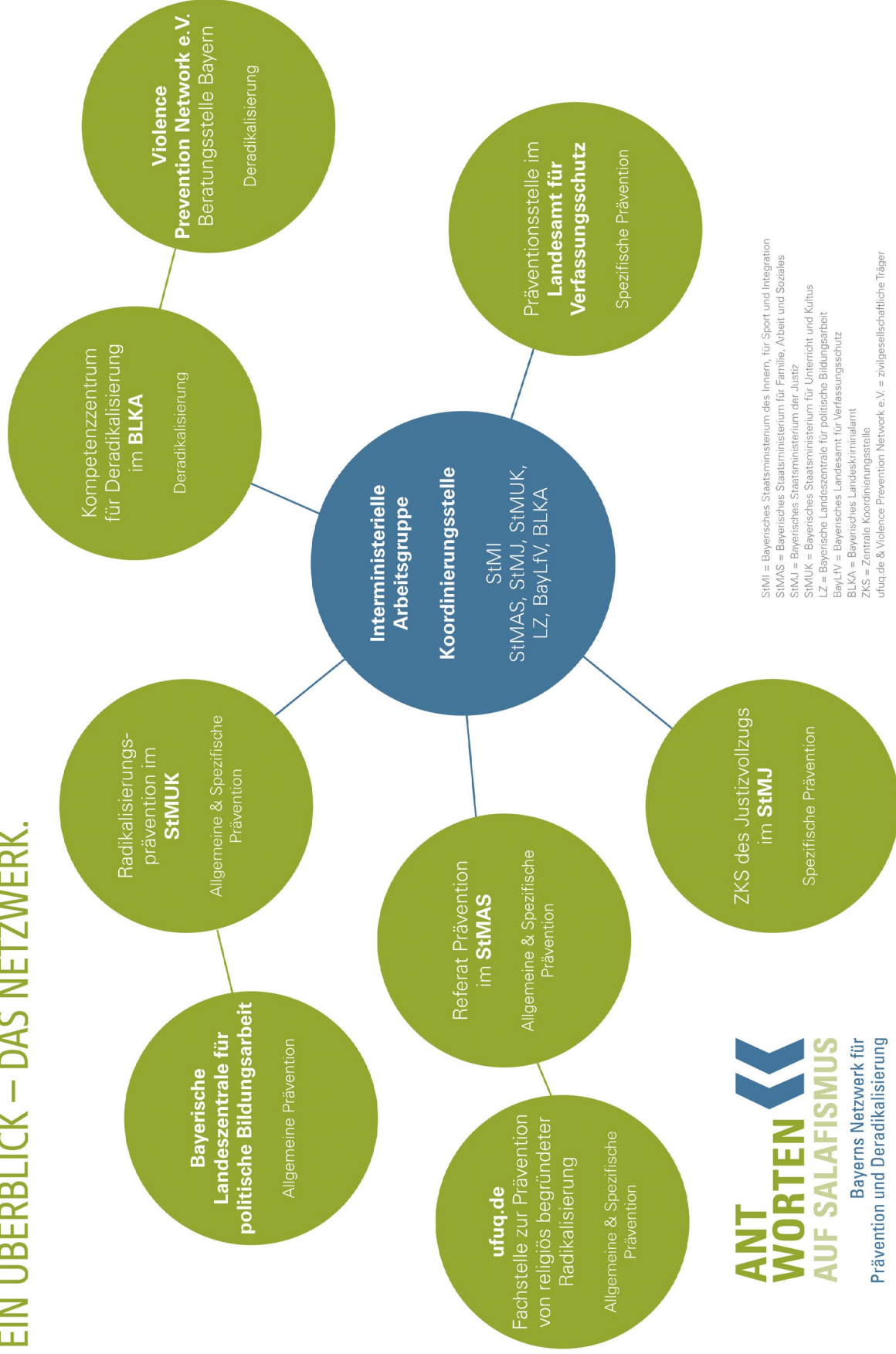
Um die Maßnahmen zur Salafismus-Prävention in Bayern zu erweitern und miteinander zu vernetzen, hat das bayerische Kabinett eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingesetzt. Sie setzt sich aus Vertretern mehrerer Staatsministerien und staatlicher Behörden zusammen. Dazu gehören:

- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Leitung der IMAG)
- Bayerisches Staatsministerium der Justiz
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
- Bayerisches Landeskriminalamt – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Die IMAG stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander ab. Zudem ist sie für die inhaltliche Steuerung und strategische Ausrichtung des gesamten Netzwerks zuständig. Sie verbindet die beiden Säulen Prävention und Deradikalisierung. Die IMAG trifft sich regelmäßig, um das weitere Vorgehen zu besprechen und neue Betätigungsfelder und Zielgruppen zu definieren.

NETZWERKPARTNER

EIN ÜBERBLICK – DAS NETZWERK.



Gemeinsame Maßnahmen und Projekte des Netzwerks

Unter dem Motto „Antworten auf Salafismus“ realisiert das Netzwerk mit verschiedenen aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Projekten bayernweit eine Kampagne, um für das Thema Radikalisierung und Salafismus zu sensibilisieren und auf das Netzwerk, dessen Angebote und die jeweiligen Ansprechpartner aufmerksam zu machen.

- **Internetauftritt „Antworten auf Salafismus“**
Wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Präventionsarbeit sind auch die umfassende Information und Aufklärung über Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen sowie das Aufzeigen von Hilfs- und Beratungsangeboten für all jene, die regelmäßig mit Jugendlichen zusammenarbeiten oder in Kontakt stehen. Die 2019 komplett überarbeitete Internetplattform **www.antworten-auf-salafismus.de** gibt verlässliche Informationen über das Phänomen und verlinkt zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Zielgruppe der Internetplattform sind in erster Linie Behörden, interessierte Bürger, Familie, Freunde, soziales Umfeld von (gefährdeten) Jugendlichen, die auf der Suche nach Information und ggf. Unterstützung sind. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfügung. Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar. Im März 2020 wurde die Website um neue, teils jugendaffine und interaktive Inhalte erweitert. Mit dem Quiz „Salafismus-Checker“ können Jugendliche, aber auch Fachkräfte ihr Wissen rund ums Thema Salafismus testen. Außerdem können zwei Radikalisierungsverläufe in Comic-Videos verfolgt werden, an deren Ende man sich entscheiden kann, wie am besten auf Anzeichen einer Radikalisierung reagiert werden soll. Ein umfangreiches Salafismus-Lexikon bietet zudem eine Erklärung von salafistischen Begriffen und Symbolen sowie eine Übersicht der bekanntesten Personen und Organisationen aus der Szene.

- **Filmwettbewerb mit der Hochschule für Fernsehen und Film München**

Gemeinsam mit der Hochschule für Fernsehen und Film München (HFF) hat das Netzwerk im Mai 2017 Studierende zu einem Filmwettbewerb eingeladen. Die jungen Filmemacherinnen und -macher sollten in kurzen Clips das Thema Radikalisierung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Aus acht eingereichten Konzepten wählte eine Jury drei Filme aus. Vorgestellt wurden die Sieger-Clips bei einer Premierenfeier in der HFF im November 2017. Die Filmspots mit den Titeln „Du glaubst...“, „Du bist nicht allein“ und „Entfremdung“ sind u. a. auf der Website **www.antworten-auf-salafismus.de** abrufbar und wurden bis Anfang des Jahres 2018 auch in ausgewählten bayerischen Kinos als Kinowerbung gezeigt. Letztendlich konnten ca. 2 Millionen Kinobesucher erreicht und so für das Thema sensibilisiert werden.

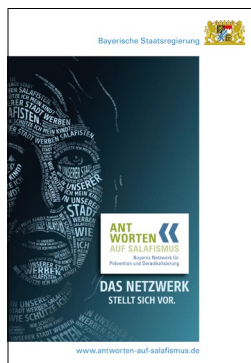


- **Videoclip über das Netzwerk**

Die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks werden in einem kurzen Videoclip präsentiert, der unter anderem auf der Website „Antworten auf Salafismus“ abrufbar ist und auf Veranstaltungen und bei Vorträgen der Netzwerkpartner gezeigt wird. Der Videoclip wurde 2020 aktualisiert.

■ Infobroschüre über das Netzwerk

Das Netzwerk stellt sich außerdem in einer Informationsbroschüre vor, in der die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks kompakt dargestellt werden. Sie ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestell- und abrufbar unter **www.bestellen.bayern.de**. Die Broschüre wurde zuletzt 2019 aktualisiert.



■ Informationsveranstaltungen des Netzwerks bei den Regierungen

Um das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner noch bekannter zu machen und möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und die Hintergründe zu sensibilisieren, wurden in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen für Multiplikatoren durchgeführt. Zielgruppen waren insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungen, der Helferkreise sowie die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, die Verantwortlichen für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Mittlerweile wurde das Angebot von Informationsveranstaltungen bayernweit in die Fläche getragen. Oft besteht im Nachgang einer solchen ersten Veranstaltung der Bedarf nach weiteren Veranstaltungen für spezifische Berufsgruppen und spezielle Themen. Diese werden vom Netzwerk im Rahmen sog. Multiplikatorenschulungen (siehe nächster Punkt) begleitet.

■ Multiplikatorenschulungen (Aufklärung & Sensibilisierung von Fachkräften)

Spezifische Präventionsmaßnahmen sollen Fachkräfte und Multiplikatoren bei der frühzeitigen Erkennung von Radikalisierung und im Umgang mit radikalierungsgefährdeten Personen durch Sensibilisierung, Aufklärung und Praxis-schulungen unterstützen. Die Netzwerkakteure führen in ganz Bayern Multiplikatorenschulungen durch, um möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und dessen Hintergründe zu sensibilisieren und das

Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpersonen noch bekannter zu machen.

Zielgruppen dieser Veranstaltungen sind insbesondere

- Mitglieder der Regierungen
- Beteiligte der Helferkreise
- zuständige Personen für die Ehrenamtskoordination
- Verantwortliche für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe
- Polizei und Sicherheitspersonal
- Lehrkräfte
- Mitarbeiter in Justizvollzugsanstalten, der Bewährungshilfe und des Maßregelvollzugs

Das Netzwerk hat seit seiner Gründung über 35.000 Fachkräfte (vor allem Multiplikatoren), Angehörige und Betroffene im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen, Fortbildungen und Beratungsleistungen erreicht.

Das Bayerische Netzwerk präsentiert sich darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit bei Anlässen wie Messen, Tagen der offenen Tür und auf dem Deutschen Präventionstag sowie mit Beiträgen in Fachpublikationen.

■ Fachtagungen und Vernetzungstreffen des Netzwerks

- Fachtag „Antworten auf Salafismus 2.0“ am 5. März 2020 zum Thema der Rolle von Internet und sozialer Medien für Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen
 - Premierenfeier und Filmpreisverleihung als Abschluss des Filmwettbewerbs mit der Hochschule für Fernsehen und Film am 7. November 2017
 - Vernetzungstreffen für die Projektträger im Bereich „Prävention“ am 26. Juli 2017 im StMAS
 - Fachtagung zum Thema „Vorurteile, Stereotype und Konflikte in einer vielfältigen Gesellschaft – Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Kooperationspartnern“ am 2. und 3. März 2016 in Kooperation mit der Clearingstelle im BAMF
- www.antworten-auf-salafismus.de**
- Auftaktveranstaltung des „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ am 1. und 2. Dezember 2015

PRÄVENTION

Die Vorbeugung oder Prävention ist wichtig im Kampf gegen extremistische Strömungen wie den Salafismus. Prävention hilft, Probleme zu vermeiden, bevor sie entstehen. So heißt es im Gesundheitsbereich „Vorbeugen ist besser als heilen“. Bei der Bekämpfung von Extremismus gilt das gleiche Prinzip. Prävention macht Menschen immun gegen extremistische Botschaften. Sie verringert die Gefahr, dass Menschen sich z. B. dem Salafismus zuwenden und womöglich sich selbst oder andere gefährden.

In der Präventionsarbeit werden Jugendliche z. B. in Peer-to-Peer Workshops, Rollenspielen oder Medien- und Theaterprojekten zur Auseinandersetzung angeregt: mit ihrem Selbstbild, ihren Einstellungen, ihren Werten und ihrem Weltbild, ihrem Verständnis von Demokratie. Allgemeine Prävention stößt Entwicklungsprozesse an, stärkt Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein und macht sie damit weniger anfällig für Propaganda und Einflussnahme z. B. durch Salafisten. Maßnahmen der allgemeinen Prävention finden in erster Linie im Verantwortungsbereich des Kultus- und Sozialministeriums statt.

Salafismusprävention hängt eng mit der Stärkung unserer Demokratie zusammen. Junge Menschen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres demokratischen Miteinanders. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollen junge Menschen für problematische Entwicklungen und fragwürdige Angebote, insbesondere in den sozialen Medien sensibilisiert werden und lernen, vereinfachte Vorstellungen und Weltbilder kritisch zu hinterfragen.

Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung

Die Prävention gegen extremistische Bestrebungen wie dem Salafismus ist auch Bestandteil des Konzepts des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) zur Gewalt- und Extremismusprävention, das eine fundierte Werteerziehung, die fächerübergreifende Vermittlung politischer Bildung in allen Schularten, die Stärkung der Kinder und Jugendlichen in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz und die Entwicklung von Kompeten-

zen für gewaltlose Konfliktbewältigung, aber auch eine Reflexion der jeweiligen kulturellen Prägungen umfasst.

Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz

Für die gesamte bayerische Schulfamilie sind die 18 „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ kompetente Ansprechpartner, wenn es um eine anlassbezogene, passgenaue und individuelle Prävention und Intervention von politisch motiviertem Extremismus, Salafismus und Antisemitismus geht. Sie begleiten und beraten Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen. Die Regionalbeauftragten sind dienstlich an die neun Staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern angebunden und können u. a. über deren Webseite kontaktiert werden.

www.km.bayern.de/ministerium/institutionen/schulberatung.html

Was machen die Regionalbeauftragten?

Die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz sind Schulpsychologen oder Beratungslehrkräfte, die über die Staatlichen Schulberatungsstellen kontaktiert werden können. Sie sind speziell für die Prävention und Intervention im Bereich des politischen Extremismus, Salafismus und Antisemitismus geschult. Bei ihrer Präventionsarbeit an und mit den Schulen entwickeln und realisieren sie Beratungsszenarien mit betroffenen Jugendlichen, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften. Sie regen Diskussionen und Gesprächsprozesse an, begleiten diese und beziehen bei Bedarf geeignete (außerschulische) Experten und Ansprechpartner mit ein. Dabei stehen u. a. Handlungsmöglichkeiten im praktischen Umgang mit dem Phänomen „Salafismus“ im Fokus. Die Bearbeitung dieser Vorfälle erfolgt unter pädagogischen und psychologischen Prämissen, so dass weniger von der Erscheinungsform des jeweiligen Extremismus ausgegangen wird, sondern von den devianten Verhaltensmustern der Schüler, um deren Ursachen zu klären und positive Weichenstellungen zu initiieren.

Das StMUK bietet gemeinsam mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen ein Fortbildungsprogramm für die Regionalbeauftragten an. Hier wird seit 2015 die Bedrohung von Jugendlichen durch salafistische Strömungen besonders berücksichtigt. Zusätzlich werden die Regionalbeauftragten regelmäßig gecoacht und wissenschaftlich begleitet. So können sie die Jugendlichen noch besser in einer fundierten und reflektierten Auseinandersetzung mit dem Thema Salafismus unterstützen.

Lehrerfortbildungen

Seit dem Schuljahr 2015/16 finden regelmäßig bayernweit Lehrerfortbildungen im Bereich der Salafismusprävention statt. Zumeist sind dies Kooperationsveranstaltungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz und weiteren Partnern des Netzwerks. Diese Fortbildungen richten sich sowohl an die Lehrkräfte aller Schularten, als auch an Referendarinnen und Referendare sowie Lehramtsstudierende.

Ein besonderes Anliegen war es dem StMUK, die Lehrkräfte der Berufsintegrationsklassen zu erreichen, um sie mit dem Thema Salafismus und Extremismus vertraut zu machen. Hierfür wurde die Lehrerfortbildungsreihe „Integration vor dem Hintergrund religiös gefärbter Konflikte“ für Lehrkräfte an Berufsschulen und Berufsintegrationsklassen im Frühjahr/Sommer 2019 in allen Regierungsbezirken von den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz durchgeführt.

„Islamischer Unterricht“: Der Modellversuch

Einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Weltreligion des Islam leistet der seit dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtete und bis 2021 verlängerte Modellversuch „Islamischer Unterricht“ (IU), der derzeit an ca. 360 bayerischen Schulen eingerichtet ist. Am 26. März 2019 hat der Ministerrat die nochmalige Verlängerung bis 2021 beschlossen, um die anschließende Überleitung in ein Wahlpflichtfach vorzubereiten. Das dafür notwendige Gesetzgebungsverfahren ist derzeit in Vorbereitung.

Der Modellversuch ist ein Angebot zur Persönlichkeitsbildung und hilft muslimischen Kindern und Jugendlichen, sich bewusst mit dem Thema Religion zu beschäftigen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein authentisches und zuverlässiges Wissen über Glaubensinhalte sowie Antwortangebote auf existenzielle Fragen. Sie sehen sich wertgeschätzt und sind dann auch leichter bereit, sich in andere Menschen hineinzusetzen. Die systematische Einbeziehung interreligiöser und persönlichkeitsbildender Inhalte stellt ein Gegengewicht zu einseitiger bzw. fundamentalistischer Indoktrination dar.

Der Unterricht ist zudem wesentlich für die Bildung von Werten: Muslimische Jugendliche können entdecken, dass die modernen Menschenrechte und die Grundwerte der europäischen Demokratien nicht im Widerspruch zur islamischen Glaubenslehre stehen müssen. Schließlich trägt der Islamische Unterricht zur gesellschaftlichen Integration bei, indem die jungen Leute Zugehörigkeit zur Schulgemeinschaft und im weiteren Sinne zur Gesamtgesellschaft erleben. Eine zuletzt im vergangenen Schuljahr durchgeführte Evaluation hat die signifikante Wirksamkeit und die hohe Akzeptanz des Islamischen Unterrichts sowohl bei den Schülerinnen und Schülern, ihren Eltern als auch den Lehrkräften bescheinigt.

Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) nehmen bayernweit derzeit 679 Schulen (Stand 31.03.2020) teil. Kinder und Jugendliche setzen sich im Rahmen der Initiative entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt ein. An den SOR-SMC-Schulen organisieren Schülerinnen und Schüler kleinere, aber auch zwei bis drei größere Aktionen gegen Diskriminierung und Rassismus, beispielsweise durch Impulse für Diskussionen oder durch die Organisation von Ausstellungen. Mit solchen Initiativen wird die gesamte Schulfamilie erreicht und ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus sowie zum offenen und respektvollen Umgang miteinander geleistet. Die Landeskoordination für dieses Projekt liegt in Bayern beim Bayerische Jugendring (BJR), der auf dem Gebiet der Jugendarbeit mit der Wahrnehmung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe betraut ist (www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk).

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen. Ein Kernbereich der Landeszentrale im Hinblick auf die Präventionsarbeit ist dabei die Aufklärung über extremistische Äußerungen gerade im Internet und in den sozialen Netzwerken.

So produziert sie im Rahmen ihres Videoformats „ganz konkret“ Videos, die über themenspezifische Phänomene wie etwa Extremismus in den sozialen Medien aufklären und sich v. a. direkt an Jugendliche richten. Zudem erstellt die Landeszentrale begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, die einen Einsatz der Videos im Unterricht ermöglichen und zudem relevante Hintergrundinformationen liefern. (www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html)

Eine Workshop-Reihe mit dem Titel „Hass 2.0“ richtet sich sowohl an Lehrkräfte als auch an Schülerinnen und Schüler und klärt über extremistische Aktivitäten im Netz auf. Ab dem Schuljahr 2020/21 wird bayernweit ein Argumentationstraining etabliert, das Schülerinnen und Schülern Strategien an die Hand geben will, auch extremistischen und salafistischen Positionen gezielt zu begegnen. (www.profilzeigen.de)

Mit digitalen und analogen Publikationen macht die Landeszentrale zudem spielerisch auf Methoden der Beeinflussung im Internet aufmerksam („Check das Netz“-App), bietet Unterrichtsmaterialien an, um etwa auch die Themenfelder Salafismus und Populismus zu behandeln (Methodenschuber „ismus.elementar“ – in Zusammenarbeit u. a. mit BayLfV, BIGE, ufuq) und informiert in thematisch entwickelten Publikationen über v. a. auch phänomenübergreifende Probleme (Themenheft „Einsichten und Perspektiven“: Antisemitismus). Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten: www.blz.bayern.de

Prävention im Bayerischen Sozialministerium

Im Rahmen der Radikalisierungsprävention sind im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) unterschiedlichste, zielgruppenspezifische Angebote vorzufinden, die kontinuierlich fortentwickelt werden.

So ist im Juni 2020 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bei der Radikalisierungsprävention die „Koordinierungsstelle Radikalisierung“ geschaffen worden. Hinsichtlich einer zunehmenden Zahl von Kindern, die den Einflüssen ihrer radikalisierten Eltern ausgesetzt sind, übernimmt die Koordinierungsstelle eine wichtige Aufgabe als Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und den Sicherheitsbehörden, um den Schutz der Kinder zu gewährleisten. Die Koordinierungsstelle soll den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe Handlungssicherheit vermitteln und sowohl die Sicherheits- als auch die Sozialbehörden in einem frühestmöglichen Umkehrprozess bei erkennbaren Radikalisierungstendenzen unterstützen. Zudem soll eine gegenseitige Vermittlung und Sensibilisierung der jeweiligen Funktionen und Arbeitsansätze der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sicherheitsbehörden erfolgen. Die vielfältigen Kompetenzen der Kinder- und Jugendhilfe werden auf Landesebene unter Berücksichtigung bestehender Strukturen in diesem Bereich gebündelt und weiterentwickelt. Dabei agiert die Koordinierungsstelle im StMAS als Informations-, Anlauf- und Beratungsstelle sowohl für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe als auch als Ansprechpartner für die Deradikalisierungsarbeit, welche federführend im Bayerischen Landeskriminalamt im Kompetenzzentrum für Deradikalisierung verortet ist.

Des Weiteren fördert das StMAS zur Radikalisierungsprävention bayernweit zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte:

Aktiv gegen Vorurteile

Das Projekt „Aktiv gegen Vorurteile“ (www.aktiv-gegen-vorurteile.de)

hat das Ziel, Vorurteile abzubauen und Toleranz zu fördern. In gemeinsamen Medienprojekten geben Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund

innovative und kreative Antworten auf menschenfeindliche Einstellungen wie Islamfeindlichkeit, Antisemitismus oder die Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Dazu greifen sie Vorurteile von Jugendlichen und über Jugendliche unterschiedlicher Herkunft auf und entwickeln Ideen für ein gelingendes Zusammenleben.

In jeweils dreitägigen Medienprojekten wurden von über 400 Jugendlichen rund 100 Audio- und Videoclips produziert, die gegen Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit aufrütteln und dazu aufrufen sollen, Vorurteile kritisch zu hinterfragen und zu korrigieren. Die Audiobeiträge werden von Jugendladioredaktionen in ganz Bayern produziert und ausgestrahlt.



**AKTIV GEGEN
VORURTEILE**

Dialog FÜR Demokratie

Das Projekt „Dialog FÜR Demokratie“ stärkt Jugendliche in ihrem Demokratieverständnis. Es wirkt verbandsübergreifend und interkonfessionell zwischen christlichen und muslimischen Jugendverbänden – unter dem Dach des Bayerischen Jugendrings und mit Unterstützung der Eugen-Biser-Stiftung.



Gemeinsam wollen die Projektpartnerinnen und -partner von bestehenden, jugendgerechten Formen des Dialogs auf lokaler Ebene lernen und neue Formate entwickeln, die den Dialog der Religionen und Kulturen im Einsatz für die Demokratie nach vorne bringen sollen. Aktive in der Jugendarbeit sollen die Möglichkeit bekommen, an den im Rahmen des Projekts „Dialog FÜR Demokratie“ entwickelten Fortbildungen teilzunehmen.

... FÜR ein fröhliches und offenes Miteinander

... FÜR Mut zur Diskussion und respektvolle Auseinandersetzung

... FÜR ein demokratisches Selbstverständnis, in dem Platz für alle Religionen ist

YouthBridge: Jugend baut Brücken München

Im Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“

(www.youthbridge.eu) werden

Jugendliche aus verschiedenen

Communities (z. B. jüdische, mus-

limische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communities als

Vorbilder wirken sollen. Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der

Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Men-

schen, die Brücken bauen möchten und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung

und Antisemitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz

Korczak Akademie in München.



Krass! Hauptsache radikal

Im Mittelpunkt des Impulstheaterstücks

„Krass! Hauptsache radikal“ steht die „Lust“

am Krass-Sein in jugendlichen Szenen von

Hooligans über Jihad-Girls, IS-Krieger und

Gangstas bis hin zu Neonazis. Ihre Styles,

ihre Ästhetik, ihre Sounds und ihre Sprache

verweisen auf neue Formen einer jugendlichen

Protestkultur, die in ihrer Radikalität und

ihrer extremen Gewaltbereitschaft oft ratlos

macht und nach Antworten verlangt.

Vor diesem Hintergrund und auf der Basis

von O-Tönen, Recherchematerial, Inter-

views und biografisch-dokumentarischen

Fragmenten entstand ein Theaterstück, das

bayernweit schwerpunktmäßig in Schulen

aufgeführt und thematisch sowohl vor- als

auch nachbereitet wird. Dafür wurde ein

Gesamtpaket entwickelt, ohne welches das

Stück nicht buchbar ist: Im Vorfeld müssen

die Lehrkräfte an einer Fortbildungsveranstaltung

teilnehmen. Die Nachbereitung besteht

aus einem 90-minütigen Workshop, der von

Sozial- und Theaterpädagoginnen und -pädagogen oder von durch ufuq.de geschulten Jugendlichen

(Teamenden) jeweils pro Klasse abgehalten wird.



**„Marco, bist du stark?“ –
Ein Theaterstück von EUKITEA**

„Marco, bist du stark?“ ist ein von EUKITEA entwickeltes Theaterstück für Kinder und junge Menschen im Alter von 12–15 Jahren. Das Theaterstück ist auf die Themen Extremismus und

Radikalisierungsprävention ausgerichtet. Im Mittelpunkt des Theaterstückes tauchen die Zuschauer*innen behutsam und einfühlsam in das Leben des Protagonisten Marco ein. Dieser wird im Theaterstück von der Kindheit bis ins Jugendalter begleitet. Marco erfährt große Enttäuschungen und Verletzungen. Sein Leben ist geprägt von Wut, Angst, Trauer und Scham, sowie von Einsamkeit und der Suche nach Halt und Orientierung. Im Laufe des Theaterstücks schließt er sich der Gruppe „Die Radikalen“ an, begegnet aber auch der Protagonistin Louisa, die ihm durch ihre Art einen Weg zur eigenen Mitte aufzeigt. Interaktiv wird im Theaterstück die Frage bearbeitet, weshalb sich junge Menschen radikalieren, und es wird gemeinsam nach Lösungen und Alternativen geforscht. Das Theaterstück wird bayernweit, u. a. in Kooperation mit den Respekt Coaches an Schulen angeboten und durch Workshops, Fortbildungsmodule und Begleitmaterialien, die in Kooperation mit der Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung – ufuq.de entstanden sind, ergänzt.



Kampagnenstark

Das Projekt „Kampagnenstark“ des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – JFF stärkt demokratische Werthaltungen und setzt sich mit Radikalisierungsfaktoren auseinander. Die Jugendlichen reflektieren ihr eigenes Online-Handeln im Kontext von Filterblasen und Fake News. Zudem setzen sie sich mit Online-Anwerbestrategien extremistischer Gruppierungen auseinander. Ihr Blick wird auf das

gelingende Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft geweitet. In unterschiedlichen Medienformaten verleihen Jugendliche zwischen 13 und 22 Jahren ihren Anliegen Ausdruck. Dabei stehen die Medienprodukte nicht für sich alleine, sondern werden in Konzepte und Kampagnen mit Anregungscharakter eingebettet. Jährlich werden 14 medienpädagogische Projekte realisiert, die durch entsprechende On- und Offline-Aktionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Fokus liegt auf den Kampagnenprodukten und auf der Entwicklung neuer medienpädagogischer Ansätze im Bereich der Radikalisierungsprävention.

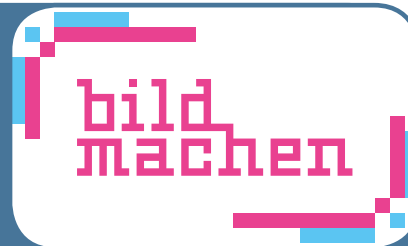


**kampagnen
— stark**

**für Vielfalt und
gegen Extremismus**

bildmachen

Soziale Medien spielen im Alltag von Jugendlichen eine herausragende Rolle. Mit gezielter Propaganda im Internet und insbesondere in sozialen Medien versuchen Extremisten vor allem Jugendliche und junge Erwachsene für sich zu gewinnen. Im Rahmen des Projekts bildmachen sollen Jugendliche in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden. Jugendliche sollen sich dabei insbesondere mit demokratiefeindlichen, salafistischen Weltbildern in den sozialen Medien auseinandersetzen und über inhaltliche und medienpädagogische Schulungen in die Lage gebracht werden, Alternativen dazu aufzuzeigen. Bildmachen ist ein – von Bayern angestoßenes – länderübergreifendes Projekt, an dem neben Bayern mit dem bundesweit tätigen zivilgesellschaftlichen Träger Ufuq e.V. sowie dem Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – JFF derzeit auch Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen beteiligt sind.



MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg

Das Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“ möchte Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den Rückhalt geben, der durch den Wandel traditioneller Strukturen häufig verloren geht – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Qualifizierte und flächendeckende Angebote sollen außerdem salafistischer Propaganda und Agitation vorbeugen. Bei MUSA handelt es sich nicht um klassische Seelsorge wie sie beispielsweise im Auftrag der christlichen Kirchen auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbilds angeboten wird. Der Schwerpunkt von MUSA liegt vielmehr in der Begleitung und Betreuung von Menschen in existentiellen Krisen und Umbruchphasen, insbesondere dort, wo Menschen entsprechenden Beistand benötigen, wie z. B. in der Krisenintervention, Flüchtlingshilfe oder in Justizvollzugsanstalten.



MUSA entstand aus dem offensichtlichen Bedarf an seelsorgerischer Grundversorgung der Muslime in den Augsburger Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Seit 2011 arbeiten Sunniten, Schiiten und Aleviten an den Augsburger Kliniken und Pflegeeinrichtungen im Sinne der gemeinsamen Aufgabe zusammen. MUSA ist bayernweit in Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg, Weißenburg, Regensburg, Ingolstadt und München tätig.

Seit Anfang 2018 besteht das MUSA-Team aus 92 Muslimen unterschiedlicher Herkunft und Sprache. Sie begleiten Betroffene im Sinne der islamischen Geschwisterlichkeit durch psychosoziale Beratung und auf Wunsch durch religiöse oder spirituelle Hilfestellung. Insgesamt wurden im Jahr 2019 bayernweit 1.103 Menschen durch MUSA seelsorgerisch betreut. Die Arbeit der MUSA-Seelsorgerinnen und Seelsorger wurde u. a. mit der Verleihung des Integrationspreises der Regierung von Schwaben im Jahr 2015 geehrt.

W O M E N W I T H O U T B O R D E R S

CHANGE THE WORLD

MotherSchools

Mit dem Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“ wird der Fokus auf das wichtige familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen oft als erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Hier setzen die sogenannten MotherSchools von Frauen ohne Grenzen (Wien) an.

Zielgruppe sind Mütter mit und ohne Migrationshintergrund von Jugendlichen ab 12 Jahre und jungen Erwachsenen in bestehenden Communities mit patriarchalen Strukturen, aber auch geflüchtete Frauen.

In den 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Teacherinnen Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit.

Die Pilotphase startete 2017 mit vier Standorten in Unterfranken. Nach zwei erfolgreichen Durchläufen der MotherSchools in Unterfranken konnten die Modellstandorte in die Regelstrukturen überführt werden. 2019 konnten die MotherSchools an den neuen Standorten in Augsburg und Nürnberg etabliert werden.

Um den Fokus auf das familiäre Umfeld weiter zu verstärken, werden nun auch zunehmend die Väter in das Projektkonzept integriert. In Aschaffenburg und Erlenbach am Main starteten daher 2019 die „FatherSchools: Men included in Parenting for Peace“.

Prävention in Kommunen

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mithilfe von kommunalen präventiven Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das StMAS den Aufbau präventiver kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Augsburg, Würzburg und Nürnberg. Mit bereits bestehenden Netzwerkstrukturen – wie jenen der Landeshauptstadt München – erfolgt, losgelöst von der Errichtung neuer Strukturen, eine Zusammenarbeit mit den landesweiten Beratungsangeboten wie der beim StMAS angesiedelten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – **ufuq.de**, die Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen informiert und berät.



Augsburg

Das Projekt „Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus“ startete am 1. September 2016. Sein vorrangiges Ziel ist die Vernetzung in kleinräumigen Bezirken. Denn in kleinen Einheiten ist es einfacher, eine vertrauensvolle Verständigung und Zusammenarbeit aufzubauen. So können sich die beteiligten Akteure besser mit dem Netzwerk identifizieren.

Informations- und Fortbildungsmaßnahmen klären über religiös begründete Radikalisierung auf und bei regelmäßigen Treffen werden gegenseitige Vorurteile abgebaut. Durch eine aktive Öffentlichkeits- und Medienarbeit werden gesellschaftliche Diskurse in diesem sehr emotionalen Themenfeld versachlicht.

NÜRNBERG HÄLT ZUSAMMEN

Nürnberg

Das Nürnberger „Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ startete am 1. Juni 2016. Es bündelt die bestehenden Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich Salafismus in Nürnberg. Außerdem identifiziert es Ressourcen und Defizite, gewinnt Partner und entwickelt konkrete Projekte zur Sensibilisierung und Prävention.

Zur Zielgruppe zählen junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, religiöse und soziale Bezugspersonen. Die Gesamtkoordination erfolgt im städtischen Menschenrechtsbüro. Dies sichert einen breiten Zugang zu den bedeutendsten Akteuren in diesem Themenfeld.

Alle vier Monate treffen sich Akteure aus den Bereichen Jugendarbeit und soziale Arbeit mit Geflüchteten, Akteuren aus den Bereichen Bildung und Sicherheit sowie aus muslimischen Gemeinden und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen zum Kennenlernen, fachlichen Austausch und zur weiteren Vernetzung. Das Netzwerk koordiniert zudem die von der Fachstelle ufuq.de am Standort Nürnberg ausgebildeten „Teamenden“, die wertvolle Partner des Präventionsnetzwerkes in der Arbeit mit Jugendlichen sind.



Würzburg

Im Sommer 2017 wurde durch die Stadt sowie den Landkreis Würzburg und unter enger Einbindung des Polizeipräsidiums Unterfranken das „Interkommunale Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ geschaffen. Ziel des Netzwerkes ist es, vor Ort geeignete präventive Maßnahmen und Angebote zu implementieren und dadurch ein höheres Maß an vertrauensvollem Zusammenleben in den Sozialräumen und Wohnquartieren zu erreichen. Dabei sollen neben den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern des Bayerischen Netzwerkes für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus auch die Akteure der aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten, bei der Stadt Würzburg angesiedelten Partnerschaft für Demokratie (PfD) eng in die Netzwerkarbeit eingebunden werden.

Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit

Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Flüchtlinge selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Hilfe für Fachkräfte & Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch „normale“ Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam
- Umgang mit patriarchalen Strukturen
- Salafismus
- Radikalisierung

Im Folgenden werden Projekte im Bereich der Integrations- und Flüchtlingsarbeit vorgestellt

ReThink

Das von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ entwickelte und von der Bayerischen Staatsregierung geförderte Projekt „ReThink“

wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell an Jugendliche mit eigener Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Ziel des Projektes ist es, mithilfe theaterpädagogischer Rollenspiele die Teilnehmer zu kritischem Denken und zur Reflexion der eigenen kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Prägung anzuregen. Die Rollenspiele dienen unter anderem dazu, Jugendliche gegen salafistische Anwerbeversuche stark zu machen, indem sie über ihre Werte, Einstellungen und Meinungen zu den Themen Gleichberechtigung, Männlichkeitskonzept, Islamverständnis und Antisemitismus diskutieren, sie in Frage stellen, Ängste abbauen und neue Denkanstöße auch in ihre peer-groups und Familien mitnehmen.

Die Workshops werden von einem Team aus drei bis vier Personen (Pädagogen, Jugendliche, Psychologen), die selbst Muslime sind und einen Migrationshintergrund haben, durchgeführt, derzeit an Berufsintegrationsklassen in ganz Bayern.

Bei rund 25 Workshops und rund 700 Teilnehmern pro Jahr hat das „ReThink“-Projekt eine große Reichweite. Im Schuljahr 2019/2020 fand das Projekt in Weilheim, Höchstädt, Immenstadt, Ansbach, Dachau, Vilshofen, Würzburg, Weiden, Hof, Coburg, Aschaffenburg, Regensburg, Wunsiedel, und Sulzbach-Rosenberg statt. ReThink ist ein kooperatives Angebot des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (bis 10/2020), des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.



**RE
THINK**

FREIHEIT BEGINNT IM KOPF

HEROES Projekt

Das präventiv wirkende Integrationsprojekt HEROES macht sich gegen eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen „im Namen der Ehre“ stark, die bisweilen sogar in Gewalt mündet. Junge Männer mit Migrationshintergrund setzen sich im Rahmen des Erfolgsprojekts gezielt mit ihren Geschlechterrollen, Ehrvorstellungen, Gleichberechtigung und Menschenrechten auseinander. Neben den drei bewährten HEROES Projekten an den Standorten Augsburg, Nürnberg und Schweinfurt werden 2020 zusätzlich auch zwei neue Projekte gefördert: Das Projekt „W3 – Wissen, Werte, Wir“ in Rosenheim und das Regensburger Projekt „habadEHRE“. Im Jahr 2019 wurden über 180 Workshops durchgeführt und dabei mehr als 4.000 Teilnehmer erreicht. In regelmäßigen Trainings lernen die Projektteilnehmer dabei auch, andere Jugendliche dazu zu bewegen, mit ihnen über Ehre zu diskutieren und gegen Unterdrückung „im Namen der Ehre“ Position zu beziehen. Die „jungen Helden“ können damit zu wichtigen Vorbildern und Lotsen der Wertevermittlung werden. Die beiden neuen Projekte in Regensburg und Rosenheim beziehen in einem erweiterten Ansatz zusätzlich auch junge Frauen ein. Jede Frau und jedes Mädchen hat ein Recht auf Gleichbehandlung, Achtung und Respekt. Für die fünf Projekte wird der Freistaat 2020 eine Fördersumme von circa 600.000 Euro zur Verfügung stellen.

Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Der bayerische Justizvollzug stellt sich seit jeher entschlossen den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Anstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen.

Den Herausforderungen, die mit Radikalisierungsprozessen und extremistischen Entwicklungen verbunden sind, begegnet der bayerische Justizvollzug mit folgenden Maßnahmen:

Umstrukturierung des Referats „Extremismusbekämpfung im Justizvollzug“

Die „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ hat seit ihrer Einrichtung im Jahr 2015 einen wichtigen Beitrag zum Ausbau und zur Stärkung der Extremismusbekämpfung im bayerischen Justizvollzug geleistet. Aufgabe der Koordinierungsstelle war es insbesondere, eine strategische Gesamtkonzeption zur Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention zu erarbeiten sowie die Vollzugspraxis bei der Umsetzung zu unterstützen. Die Erarbeitung der strategischen Gesamtkonzeption

ist abgeschlossen. Um künftig in diesem Bereich noch effektiver zu sein, werden die Strukturen nun weiter optimiert:

Die Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption der Extremismusbekämpfung ist künftig eine gemeinsame Aufgabe der Vollzugsabteilung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und der Koordinierungsstelle.

Der Schwerpunkt der Koordinierungsstelle wird künftig auf der operativen Arbeit liegen, d. h. die Koordinierungsstelle soll die operative Arbeit in den Justizvollzugsanstalten gezielt unterstützen und fördern. Dies gelingt am besten, wenn die Koordinierungsstelle möglichst nah an der Vollzugspraxis in den Anstalten ist. Die Koordinierungsstelle ist deshalb nun direkt an der Justizvollzugsanstalt Nürnberg angesiedelt. Zudem wurde die „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ zu einer „Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus“ (ZKE) erweitert. Sie fungiert nun als Anlaufstelle für die Justizvollzugsanstalten nicht nur für die Themenbereiche Islamismus und Salafismus, sondern auch für Rechts- und Linksextremismus.

Von dort werden die Justizvollzugsanstalten im Umgang mit extremistischen Gefangenen unterstützt, z. B. durch Bewertung von Schriftstücken oder Äußerungen, Fortentwicklung der jeweiligen Task Force Extremismus vor Ort, Ausbau der Lessons Learned Seminare, Unterstützung und Ausbau frühpräventiver Projekte und Unterstützung der Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit. Darüber hinaus unterstützt die Koordinierungsstelle sowohl die kriminologische Forschung als auch die Fortbildung der Bediensteten zum Themenbereich Extremismusprävention im Bereich des Justizvollzugs und steht im aktuellen Austausch mit relevanten nationalen und internationalen Stellen.

Einsatz von Extremismusbekämpfungsbeauftragten

Im bayerischen Justizvollzug werden aktuell 21 sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragte eingesetzt. Diese speziell geschulten Bediensteten haben u. a. die Aufgabe, extremistische Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen zu erkennen, entsprechende Gegenmaßnahmen vor Ort zu unterstützen (bspw. Beobachtung auffälliger Gefangener, Brief- und Besuchsüberwachung) und den Informationsaustausch mit anderen Justizvollzugsanstalten, Sicherheitsbehörden und weiteren Stellen (bspw. Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes, Bewährungshilfe, Ausländerbehörden) zu koordinieren bzw. zu optimieren.

In Justizvollzugsanstalten, in denen noch keine eigenen (Teil-)Dienstposten für Extremismusbekämpfungsbeauftragte geschaffen werden konnten, übernehmen geeignete Bedienstete (insb. Sicherheitsbeamte) diese zusätzliche Aufgabe.

Ausbau der muslimischen Gefangenseelsorge

Wesentlicher Bestandteil der Islamismus- und Salafismusprävention ist der Ausbau von Seelsorgeangeboten auf Grundlage des gemäßigten Islams. Dieser Ausbau wird ebenfalls von der Koordinierungsstelle begleitet. Seit 2016 konnte die muslimische Gefangenseelsorge u. a. mit Unterstützung der ZKE erfolgreich ausgebaut werden (von insgesamt 34 muslimischen Seelsorgern im Jahr 2016 auf insgesamt 75 muslimische Seelsorger im Jahr 2019). Besonders erfreulich ist dabei, dass der Ausbau mit

verbandsunabhängigen Partnern möglich war. Hierzu zählen insbesondere das Department für Islamisch Religiöse Studien (DIRS) an der FAU Erlangen-Nürnberg (Prof. Dr. Tarek Badawia), die Muslimische Seelsorge Augsburg (MUSA), Medina e.V. sowie die Alevitische Gemeinde.

Es konnte außerdem zum 1. August 2019 ein verbandsunabhängiger muslimischer Seelsorger als hauptamtlicher Tarifbeschäftigter bei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld angestellt werden, der auch in den Justizvollzugsanstalten Augsburg-Gablingen, Neuburg-Herrenwörth und Regensburg eingesetzt wird.

Über die bereits erreichte Steigerung des Seelsorgeangebots für muslimische Gefangene hinaus wird der bayerische Justizvollzug auch weiterhin den Ausbau der muslimischen Seelsorge vorantreiben.

Betreuungsangebote zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen

Darüber hinaus werden Gefangenen weiterhin mithilfe von geeigneten Behandlungs- und Betreuungsangeboten (z. B. schulische und berufliche Ausbildung, Sozialtherapie, Anti-Gewalt-Training, Einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen, seelsorgerische Angebote) Handlungsalternativen und Perspektiven für die Zukunft nach der Haft aufgezeigt, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutierung durch Extremisten entgegenzuwirken.

Neben diesen therapeutischen Angeboten, die auch und gerade für Gefangene mit extremistischem Hintergrund geeignet sind, werden im bayerischen Justizvollzug verschiedene Programme durchgeführt, die im Speziellen auf eine Behandlung extremistischer Straftäter abzielen (z. B. Power for Peace e.V., Projekt „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und jungen Männer“, KIM – Kurzintervention zur Motivationsförderung). Ein Fokus liegt dabei auf jugendlichen Inhaftierten, da diese in besonderem Maße für extremistisches Gedankengut – gleich welcher Art – anfällig sind. Zusätzlich bestehen, insbesondere im Erwachsenenvollzug, weitere therapeutische Angebote für Gefangene mit extremistischem Hintergrund, darunter Anti-Aggressivitäts-Trainings, Anti-Gewalt-Trainings und Reasoning & Rehabilitations-Programme.

Das Präventionsprojekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“, das nun seit 2017 im bayerischen Justizvollzug angeboten wird, konnte erfolgreich in bestehende Behandlungsangebote integriert werden und hat bisher über 1.500 Gefangene erreicht. In eigens für den bayerischen Justizvollzug entwickelten Workshops werden Gefangene mit einem speziell geschulten Projektteam von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ unter professioneller Anleitung gemäß dem sog. Peer-Education-Ansatz mit kontroversen Inhalten konfrontiert und zur Diskussion angeregt. Dabei setzen sich Gefangene mit bestimmten Wertevorstellungen (z. B. patriarchalische Unterdrückung, Gleichberechtigung, Gewalt), Weltbildern (z. B. dualistische Wahrnehmung „wir“ vs. „sie“) und Kommunikationsmustern (z. B. Tabuisierung bestimmter Themen) offen und direkt auseinander. Durch derartige Gespräche und Diskussionen, die „auf Augenhöhe“ geschehen und von teils Gleichaltrigen mit gleichem sozialen bzw. kulturellen Hintergrund geführt werden, können kontroverse Inhalte nachhaltig vermittelt werden. Auf diese Weise werden Gefangene zum kritischen Denken angeleitet und somit gegenüber islamistischen Ideen gestärkt, so dass Radikalisierungsversuchen gar nicht erst ein Nährboden ermöglicht wird.

Ferner erfolgt im bayerischen Justizvollzug eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen außervollzuglichen Stellen und Behörden zur effektiven Gewährleistung einer begleitenden Betreuung nicht nur vor, sondern auch nach der Haftentlassung. Gefangene erhalten auf diese Weise wirksame Angebote für eine gelingende Resozialisierung. Im Sinne einer umfassenden Koordinierung arbeitet der bayerische Justizvollzug hierbei auch eng und frühzeitig mit maßgeblichen Stellen und Organisationen zusammen, die in der Wiedereingliederung nach der Entlassung tätig sind. Hierzu zählen beispielsweise die Kommunen, die Träger der freien Straffälligenhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, die Zentralen Beratungsstellen für Straftatlassenenhilfe und die Bewährungshilfe.

Zusätzlich steht der bayerische Justizvollzug in einem regelmäßigen und engen Austausch mit Aussteiger- und Deradikalisierungsprogrammen, wie z. B. dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung beim Bayerischen Landeskriminalamt betreffend den Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität – religiöse Ideologie.

Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe

Durch die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe wurden im Jahr 2017 fünf Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer zu „Präventionsmanagern“ weitergebildet – ein Angebot das inzwischen um weitere fünf Personen erweitert wurde. Diese Personen stehen als Ansprechpartner für ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Dienststellen der Bewährungshilfe mit Informationen und Kontakten im Rahmen von Radikalisierung bzw. Deradikalisierung zur Verfügung. Sie kennen die Ansprechpartner zur Einschätzung von Verhalten und vermitteln an die zuständigen bzw. regionalen Einrichtungen vor Ort.

Die Präventionsmanager fungieren damit vor allem als Multiplikatoren. Sie verfügen über die relevanten Informationen zum Umgang mit diesem Personenkreis und haben Kenntnis über den aktuellen Sachstand bei den Vernetzungspartnern wie z. B. dem Justizvollzug, dem Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz oder VPN. Sie intensivieren die Zusammenarbeit mit einem Netzwerk, mit den für die Arbeit der Bewährungshilfe bedeutenden Partnern.

Weitere Aufgaben sind die Konzeption von Fortbildungsveranstaltungen für die Bewährungshilfe, die zusammen mit der Zentralen Koordinierungsstelle Bewährungshilfe zu diesem Themenkreis ausgerichtet werden, sowie konzeptionelle Überlegungen anzustrengen, die im Hinblick auf Maßnahmen und Interventionen zur Deradikalisierung erfolgen können bzw. notwendig sind. Seit 2017 fanden mehrere Veranstaltungen statt, um mit Vorträgen zu diesem Thema die Bewährungshilfe und die mit dem Übergangsmanagement befassten Stellen zu informieren und somit mehr Handlungssicherheit zu geben.

Für einen möglichst nahtlosen Übergang von der Haft in die Freiheit findet zur Vorbereitung der Entlassung und zur Vorbereitung der Ausgestaltung der Führungsaufsicht in der Regel ein Informationsaustausch zwischen den Beteiligten, wie insbesondere der Staatsanwaltschaft, dem aufsichtführenden Gericht, dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Justizvollzug und der Bewährungshilfe, statt. Dabei werden insbesondere Erkenntnisse zur Person und dem Umfeld, zum Haftverlauf und den bereits getroffenen Maßnahmen sowie der Entwicklung des Probanden ausgetauscht.

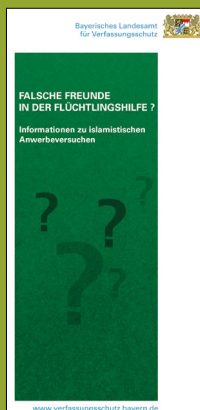
Präventionsangebote des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und die Schulung von Multiplikatoren wie Polizeibeamte, Lehrer, Ausbildungsträger, Mitarbeiter im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsangestellte aus der Privatwirtschaft, Beamte im Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungshilfe sowie Mitarbeiter in Flüchtlingsseinrichtungen und von Landratsämtern. Die Maßnahmen des BayLfV zielen darauf ab, durch eine gezielte Sensibilisierung von spezifischen (Berufs-)Gruppen, diese zur Unterscheidung zwischen Islamismus und religiösen Erscheinungsformen des Islam zu befähigen und angemessene Reaktionen auf eine mögliche islamistische Radikalisierung zu ermöglichen. Zwischen 2016 und März 2020 wurden rund 525 derartige Veranstaltungen durchgeführt und es konnte ein Zielpublikum von ca. 18.000 Zuhörern erreicht werden.

Seit Anbeginn wird verstärkt auch auf eine Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen gesetzt, um eine flächendeckende Beschulung von Mitarbeitern, u. a. im Bereich Unterbringungsverwaltung und Heimaufsicht, Betreuer unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber (UMA) und von Mitarbeitern in den Flüchtlingsunterkünften und ehrenamtlichen Helfern zu gewährleisten. Mittlerweile werden diese Veranstaltungen flächendeckend angeboten und entsprechende Schulungen im Bedarfsfall durchgeführt.

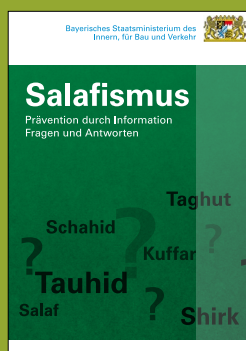
Im März 2019 hat das BayLfV auch damit begonnen, örtlich zuständige Jugendämter über das Thema jihadistische Sozialisation von Kindern gewaltbereiter Salafisten zu beraten. Die Kinder gelten dabei als schutzbedürftige Opfer einer möglicherweise ideologisch motivierten Erziehung durch radikalisierte Erziehungsberechtigte. Die Aufklärungs- und Beratungsgespräche dienen primär dazu, die Verantwortlichen der Jugendämter für die Thematik zu sensibilisieren, ihnen die Angebote des Bayerischen Netzwerks gegen Salafismus gezielt zu unterbreiten und konkrete Ansprechpartner bei Beratungsbedarf zu benennen.

Neben der sicherheitsbehördlichen Beobachtung und Auswertung verfassungsfreundlicher Aktivitäten im Internet ist das BayLfV auch im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung bezüglich extremistischer Gefahren im Netz aktiv. Seit 2017 klären kurze Videos in der Reihe „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt“ über die Gefahren von Manipulation und Radikalisierung im Internet und in sozialen Medien auf. Mit dem Kurzfilm „Lass dich nicht verarschen – Dieses Mal von Salafisten“ will das BayLfV dazu beitragen, den aus salafistischer Propaganda erwachsenden Gefahren für den Einzelnen entgegenzuwirken und Nutzerinnen und Nutzern zehn Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Salafisten zu geraten. Insbesondere junge Menschen sollen gegen salafistische Anwerbestrategien sensibilisiert werden. Denn junge Menschen bilden die Hauptzielgruppe salafistischer Propaganda und Rekrutierungsaktivitäten.



Vor dem Hintergrund der festzustellenden gezielten Kontaktsuche von Salafisten und anderen Islamisten zu Flüchtlingen hat das BayLfV bereits im Jahr 2016 ein Faltblatt zur Sensibilisierung und Aufklärung der bayerischen Flüchtlingseinrichtungen erstellt. Mehrere zehntausend Exemplare des Flyers „Falsche Freunde in der Flüchtlingshilfe?“ wurden seither bereits verteilt. Der Flyer ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter www.bestellen.bayern.de.

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweis-aufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert. Das Hinweistelefon ist unter der Telefonnummer **089 3120 1480** oder per E-Mail erreichbar: salafismuspraevention@lfv.bayern.de



Die vom Bayerischen Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem BayLfV in 2014 veröffentlichte Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“ ist seit Mitte 2017 in mehreren Sprachen erhältlich. Sie enthält neben Informationen zum Salafismus auch Informationen über Beratungsstellen und Ansprechpartner im Bereich der Prävention und Deradikalisierung, an die sich Betroffene wenden können. Die Broschüre ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter www.bestellen.bayern.de.



Darüber hinaus stellt die 2018 veröffentlichte Broschüre des BayLfV mit dem Titel „Islamismus erkennen“ die wichtigsten Organisationen, Symbole, Publikationen und Akteure des islamistischen Spektrums dar und klärt über deren Hintergründe und Bedeutung auf. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Logos, Bildern und Symbolfiguren, die allesamt eine hohe Wirkkraft auf Anhänger islamistischer Gruppierungen entfalten. Zweck der Broschüre ist es, dem Leser eine wichtige Grundkompetenz zum möglichst frühzeitigen Erkennen von Radikalisierungsprozessen und extremistischen Gefahren zu vermitteln. Diese Zusammenstellung ist in Form und Umfang einzigartig in Deutschland und wurde deshalb bereits durch mehrere aktive Akteure der Präventionsarbeit auch außerhalb Bayerns angefordert.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

Die Bayerische Polizei hat das Kompetenzzentrum mit neun Stellen ausgestattet. Darüber hinaus werden vier weitere Mitarbeiter im Rahmen von Projekten für eine befristete Dauer eingestellt.

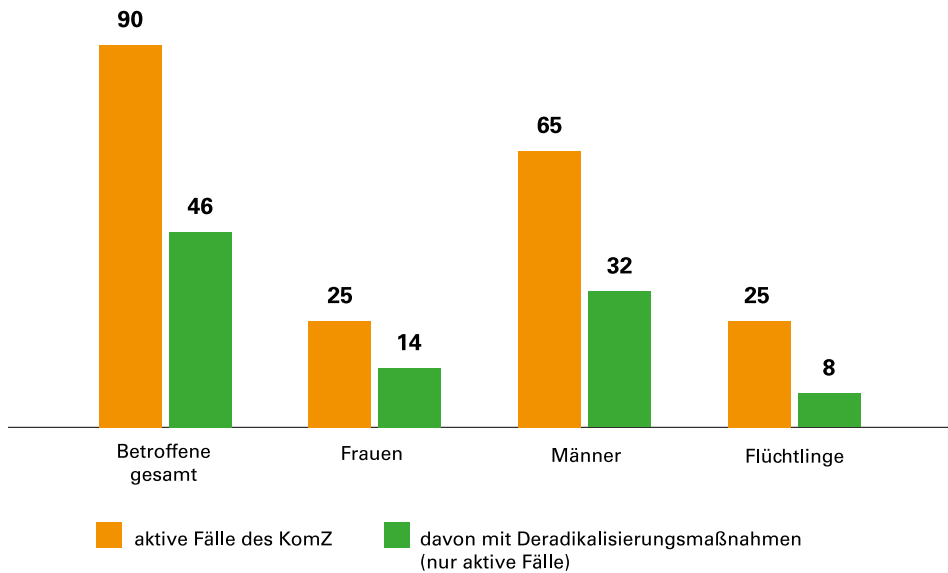
Darüber hinaus hat die Bayerische Polizei weitere zehn Stellen zur Bewältigung der neuen Aufgabe „Deradikalisierung“ bereitgestellt. Mithilfe dieser Stellen konnte im Bereich des Staatsschutzes in den Polizeipräsidien auf lokaler Ebene jeweils ein weiterer besonders geschulter Beamter „Prävention/Deradikalisierung“ seinen Dienst aufnehmen. Ziel dieser Maßnahme ist vor allem die frühzeitige Identifizierung sog. sicherheitsrelevanter Sachverhalte. Resultierend aus den Erfahrungen von bislang mehr als 320 geprüften Sachverhalten mit konkretem Radikalisierungsbezug sowie mehr als 250 bearbeiteten Deradikalisierungsfällen wurde insbesondere deutlich, dass je früher geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, eine umso höhere Erfolgsquote erzielt werden kann.

Angesichts der besonderen Herausforderungen, wie beispielsweise die Radikalisierung von jungen Mädchen, Flüchtlingen, Radikalisierung in Haft und dem Umgang mit rückkehrenden Personen aus dem Krisengebiet Syrien/Irak, hat das Kompetenzzentrum sich seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Arbeitsteam des Kompetenzzentrums auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

Angesichts der inzwischen gesammelten Erfahrungen, Erkenntnissen und Daten initiiert und unterstützt das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung die wissenschaftliche Begleitung bzw. hat bereits eigene Forschungsprojekte begonnen.

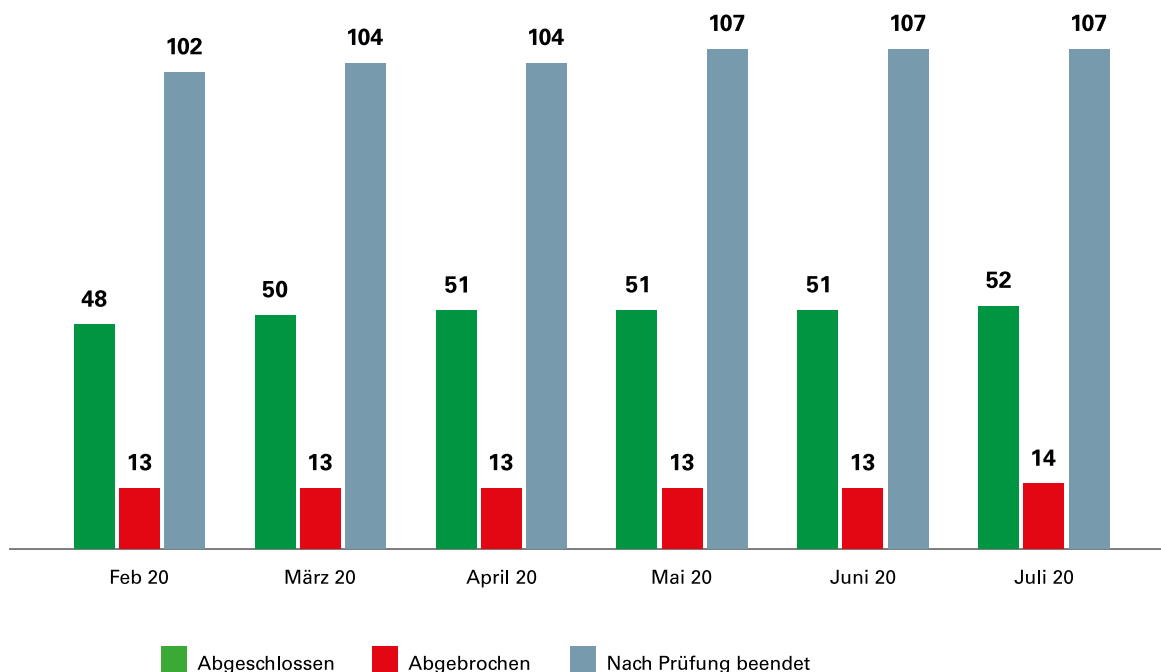
Fallzahlen

Aktuelle Fallzahlen im BLKA/KomZ (Stand: 01.07.2020)



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ bearbeiteten sicherheitsrelevanten Fälle (Balken „orange“) sowie die sicherheitsrelevanten Sachverhalte, in denen deradikalisierende Maßnahmen eingeleitet sind und koordiniert werden (Balken „grün“).

Entwicklung der beendeten Deradikalisierungsfälle



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ erfolgreich abgeschlossenen Fälle (grüner Balken; Anmerkung: Als „abgeschlossen“ werden ausschließlich Sachverhalte definiert, in denen eine nachhaltige Abwendung vom Extremismus festgestellt worden ist), die abgebrochenen Fälle (z. B. der Betroffene lehnt weitere Beratung ab – roter Balken) sowie die nach Prüfung beendeten Fälle (z. B. keine Radikalisierung erkennbar oder kein Zugang möglich – blauer Balken).

Beratungsstelle VPN



Das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im BLKA kooperiert mit dem zivilgesellschaftlichen Träger „Violence Prevention Network e.V.“ (VPN). Dieser betreibt eine Beratungsstelle in Bayern, die mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung zusammenarbeitet und allen Bürgern als Ansprechpartner für Fragen der Deradikalisierung zur Verfügung steht. VPN bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an.

Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige
- Beratung, Begleitung und Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden
- Schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen)
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien)

Deradikalisierung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Schon in der Vergangenheit wurden daher im bayerischen Justizvollzug umfassende Maßnahmen ergriffen, um eventuelle Radikalisierungstendenzen von Gefangenen rechtzeitig zu erkennen und diesen möglichst wirksam zu begegnen.

Die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in Justizvollzugsanstalten (ZKS) steht als direkter Ansprechpartner betroffenen Justizvollzugsanstalten zur Verfügung, um diese im Umgang mit islamistischen Verdachtsfällen zu begleiten und darüber hinaus bei der Koordinierung des Informationsaustausches zu unterstützen. Zusammen mit Ansprechpartnern des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung und des zivilgesellschaftlichen Partners „Violence Prevention Network“ (VPN) wird geprüft, ob bzw. wie eine Intervention oder Deradikalisierung des betroffenen Gefangenen erfolgen kann und welche speziellen Behandlungs- und Betreuungsangebote des bayerischen Justizvollzugs solche Maßnahmen zur Deradikalisierung unterstützen können.

Der Verein „Violence Prevention Network“ (VPN) unterstützt radikalisierte bzw. gefährdete Insassen mit dem Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und durch Angebote zur Ausstiegsbegleitung.

Die Koordinierung der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.



Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus im Internet unter:

www.antworten-auf-salafismus.de



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon **089 12 22 20** oder per E-Mail unter **direkt@bayern.de** erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Odeonsplatz 3 | 80539 München

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Justizpalast am Karlsplatz
Prielmayrstraße 7 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Salvatorstraße 2 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Winzererstraße 9 | 80797 München

Bildnachweis: trio-group münchen GmbH

Gedruckt auf: Umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)

Gestaltung: CMS – Cross Media Solutions GmbH, aktualisiert durch IKW team GmbH, München

Stand: Oktober 2020

Artikelnummer 1001 0707

HINWEIS

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Personenbezeichnung verzichtet. Die Verwendung der männlichen Form schließt die weibliche Form mit ein.

www.antworten-auf-salafismus.de